

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

341 (26.7.1919) Mittagausgabe

angeboten aussichtslos seien. Er weigerte sich, eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens abzugeben. Am 20. August aber erhielt der Reichslangler durch den Nuntius ein Schreiben, worin von dem Angebot Englands die Rede war, dem die französische Regierung sich angeschlossen hat. Die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens

erklären und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine verständliche Antwort würde einen guten Fortgang der Friedensunterhandlung erleichtern. — Wir haben hier den amtlichen Bericht einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und ihre Ideenwelt wie wenige in der Lage war, zu beurteilen, ob ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte. Er entsprang nicht aus eigener Initiative, sondern aus dem ausdrücklichen Ersuchen der englischen Regierung

mit der ausdrücklichen Erklärung der französischen, daß sie sich an nichts binden. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, wurde vom Papst eingeholt, ist aber noch nicht eingetroffen. Was aber ist geschehen in Berlin? Man sollte es nicht für möglich halten! Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort. In einem Schreiben vom 24. September wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben, weil die Vorbedingungen für die Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügend klingen. Also ein wichtiger diplomatischer Bericht für ein Volk, das in höchster Not ist, wird vier Wochen lang nicht beantwortet. Dann erklärt man ihn nicht für genügend! (Große Bewegung).

Ende September war ich in München. Ich kenne den Nuntius seit längerem als persönlichen Freund. Der Nuntius kam mir mit Tränen in den Augen entgegen und sagte: „Nun ist alles verloren, auch Ihr armes Vaterland!“ Damit war der von England über den hl. Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es

zwei Jahre lang gewissenlos irre geführt worden ist. Hätte es die Dinge besser gewußt, so hätte es den Frieden einfach erzwungen. Ende September war die durch den christlichen Willen des deutschen Volkes getragene Politik des verständigen Ausgleichs erledigt, die Hoffnung, die auch die anderen Völker hatten, mit einem Schlag vernichtet. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt.

So kam 1918. Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde mit militärischer Knütteln niedergeschlagen. Die Antwort war, man möge noch ein Weilschen warten und dann kam Ende September der restlose militärische Zusammenbruch. Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volke unterbreitet werden. Dann kann es nach den Akten selbst prüfen. Wir haben unsere Armee vor einem neuen Seban bewacht. Am 6. November bekam ich den Auftrag — ich habe mich nicht dazu gedrängt — die weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung. Hätten Sie (nach rechts) es etwa verantworten wollen, daß der Feind vernünftig durch unser Vaterland zieht? Der Ansturz in Deutschland soll den Waffenstillstand erzwungen haben. Aber

Hinbenkung fernbedient:

Wenn unsere Forderungen nicht durchzusetzen seien, so sei der Waffenstillstand trotzdem abzuschließen. Ich stelle fest, die Friedensresolution hätte Erfolg haben können und müssen, wenn die Grundzüge bei Gelegenheit der Friedensnote des Papstes angewandt worden wären. Der Zusammenbruch wurde nicht durch die Resolution, sondern durch die konstante Ausschüttung des Volkes bedingt, denn nicht die Friedensresolution hat Deutschlands Widerstandskraft gebrochen, sondern der Zusammenbruch erfolgte durch den Mangel an innerer und äußerer politischer Einigkeit der Konventionen und der Obersten Heeresleitung, die das deutsche Volk einschloßerte und terrorisierte. Dieses Spiel wird auch jetzt fortgesetzt. Die Geduld der Regierung und der Wehrheitsparteien hat ein Ende.

Ich werfe die Frage auf, ob für Deutschland am 22. Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer anderen Handlungsweise als die Unterzeichnung bestanden hat. Ich stelle fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durchaus loyal gehandelt habe. Ich habe aus meiner Auffassung keinen Hehl gemacht und in der Vorbesprechung des Kabinetts, die zur Klärung der Lage wesentlich beigetragen hat, schließlich erklärt, daß ich aus der Regierung aussteigen werde, wenn die Friedensunterzeichnung abgelehnt würde. In diesem kritischen Augenblick der deutschen Geschichte mußte gehandelt werden. Mit Freunden erinnern wir uns der Erklärungen der Abgeordneten Schiffer und Heine, daß unsere Entscheidungen aus dem christlichen Willen getroffen worden seien, unserem Vaterlande zu dienen. Die Deutsch-Nationalen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und sich damit selbst ein unheilvolles Zeugnis ausgestellt. (Lebhafte Zustimmung). Der Vorwurf und der Uebermut, die aus den Darlegungen des Abg. Gräfe sprechen, wir hätten uns an die Forderung halten müssen, werden vom deutschen Volke dem Vertreter einer Partei nicht vergessen werden dürfen, die selbst Jahrzehntelang an der Forderung festgehalten hat. Wir haben den Gewaltfrieden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das, was Sie verbrochen haben. Wir werden aber niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsere Schuld zu machen und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu überlegen. Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer aber hat den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigen, trotzigem, verblendeten und verbrecherischem Eigensinn der Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens entgegenstellten. Und wenn Sie hundertmal durch Ihr lautes Nein Ihre Hände in Unschuld waschen wollen, Sie werden die Schuld nicht los, weder vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor Ihrem eigenen Gewissen! (Stürmischer Beifall, der sich auch auf der Tribüne fortsetzt).

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Samstag vormittag 10 Uhr verlagert. Schluß 8 1/2 Uhr.

Berliner Wästerstimmen zur Erzbergerrede.

D. Berlin, 26. Juli. Das freisinnige „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Es ist im Augenblick nicht möglich, auf alle Einzelheiten, die Erzberger herbeigebraht hat, kritisch einzugehen. Es kann sich im Augenblick nur darum handeln, die Wirkung seiner Rede im Parlament festzustellen. Seine Darlegungen wurden von der Rechten immer wieder unterbrochen. Es war ein Duell mit schweren Säbeln. Am Schluß seiner Ausführungen bewies ihm die Sozialdemokratie, das Zentrum und auch die Demokraten durch Ständehaftigkeit und Bravour eine demonstrative Erfolg.“ Die agrar-konservative „Deutsche Tageszeitung“ führt aus: „Herr Erzberger kann sich einen parlamentarischen Sieg zuschreiben, der umso größer zu sein scheint, als man nach den Mitteilungen des Grafen Wedell erwarten mußte, er sei nunmehr endgültig abgetan. Aber es war doch wohl nur ein Pyrrhussieg, denn auf die Dauer werden sich die Anschuldigungen des deutsch-nationalen Mehnens als diejenigen ausweisen, die berechtigt sind und begründet waren, als die von ihm und von durch getragenen Anschuldigungen des heute noch allmächtigen Reichsfinanzministers.“ Die fortschrittliche „Vossische Zeitung“ bemerkt: „Wer bei aller Anerkennung seiner temperamentsvollen Rede dem Minister Erzberger zuhörend gegenübersteht und vor seine geistliche Rolle wesentlich anders zu beurteilen geneigt ist, als er selbst, muß die eine Folgerung der geistigen Auseinandersetzung machen: Die Deutsch-Nationalen haben eine schwere politische Niederlage erlitten.“ Die rechtsstehende „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Erzberger hatte gestern einen glänzenden Abgang. Die Wahrheit

im Parlament ist wieder einmal glänzend eingeleitet worden. Die Mehrheit im Volk aber wird bei den nächsten Wahlen beweisen, daß sie nicht zu den Demmen gehört. Jetzt mag Erzberger uns vorreden, der Krieg wäre schon im Herbst 1914 verloren gewesen und er habe als Reichsleiter dies erkannt, nachdem er kurz zuvor noch Heberanexionen gewesen sei. Das ist genau so unklar wie alles, was die Republik uns an Geschäftsführung zu bieten mag.“

Handel und Verpflegung.

VI. Beispiele aus dem Wirken der Zwangswirtschaftsstellen. Auf jedes Geschäft um Erteilung der Einfuhrerlaubnis erhält man zunächst von der Einfuhrstelle oder zuständigen Wirtschaftsstelle prompt die Nachricht, daß der Importeur die Ware franco deutsche Grenze anbieten solle und daß sie dann von der Stelle übernommen würde, „wenn sie billig sei“, d. h. also, der Importeur muß auf eigenes Risiko im Ausland kaufen und läuft dann Gefahr, daß ihm die Ware nicht abgenommen wird. Der fremde Exporteur wartet nämlich nicht darauf, bis sich die Wirtschaftsstelle nach Wochen — oft Monaten — endlosen Schriftwechsels oder überhaupt ausbleibender Antwort zu irgend etwas entschlossen hat. Er will sofortige Entscheidung und das mit Recht! Also der deutsche Importeur kauft, setzt Arbeit, Zeit, Mühe, Geld und Speise an das Geschäft, bringt die Waren bis zur deutschen Grenze und erfährt schließlich, daß sie nicht übernommen werden können, „weil sie zu teuer sei“. Was sind nun die Folgen? Der deutsche Importeur hat — vorläufigweise — durch seinen auswärtigen Kredit mindestens teilweise bezahlt, er sitzt nun auf seiner Ware, kann sie nicht wieder los werden und hat bei dem Versuch, sie wieder zurückzugeben, endlose Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mit seinen Geschäftsfreunden in Neutralität, die ihm für spätere normale Zeiten angerechnet werden und für alle Zeiten das Geschäft verderben können. Ein paar solcher Unternehmungen können seinen Bestand jetzt schon vollständig untergraben. Wenn er also Geschäft macht oder seine Geschäfte so führt, wie die Reichsstellen es wollen, dann geht er mit lebenden Augen seinen Untergang entgegen und kann sich nach der Lage seines Unternehmens genau den Zeitpunkt ausrechnen, wann er am Ende seiner Kraft ist. Ist das Volkswirtschaftlich richtig oder überhaupt nur volkswirtschaftlich gedacht? Und nun noch ein paar Beispiele: Ein Kaufmann S in E. . . . kauft in Holland mehrere 100 Käffer Sardellen, bezahlt sie, hat Ausfuhrbewilligung aus Holland und kommt um Einfuhrgenehmigung ein, mit der Verpflichtung, das Pfund per 3.50 M an den Verbraucher abzuleben. Er bleibt lange ohne Antwort, bis ihm schließlich mitgeteilt wird, Einfuhr gäbe es nicht, Sardellen seien „Genuss — bzw. Luxuswaren“ und kein Nahrungsmittel. Dagegen wurden holländische Austern und norwegische Sardinen — unjeheligen Angebotes! — in großen Mengen eingeführt und zu hohen Preisen verkauft! Also das sind keine Luxuswaren, sondern anscheinend hochwertige Nahrungsmittel! Der Kaufmann S in V. . . . kommt um Einfuhr von 30 Tonnen Reis zum Preise von 1.20 Frcs. ein. Der übliche Preis für diese Ware ist zur Zeit in der Schweiz 1.40 bis 1.50 Frcs; er wird auf den eingangs erwähnten Weg verwiecen. Damit es ihm dann geht, wie seinem Kollegen S mit den Sardellen, nur mit der Begründung, daß dann irgend ein anderer Hinderungsgrund vorliegt. Ein anderer will einige Tonnen Nahrungsmittel mit genauer Angabe zum Preise von 4.80 Frcs (gegen sonst mehr als 5.— Frcs.) einführen. Die Anfrage liegt schon 14 Tage zurück. Er ist bis heute ohne Antwort!

Ein Berliner bittet Mitte März um Einfuhrerlaubnis für seinen Kakaos zum Preise von etwa 22.— M für das Kilogramm und begründet sein Gesuch eingehend mit dem mehr als mangelhaften Ernährungszustand seiner Stadt und der dort herrschenden Epidemie. Die Verhandlungen zogen sich bis fast Mitte April erfolglos hin. Da wurden die von der Firma abgefragten, weil nicht die geringste Aussicht bestand, zum Ziele zu gelangen. Eine fünfte Firma bringt einen Wagen Schokolade glücklich bis zur Poststelle ihres Niederlassungsortes. Die Ware wurde für Kranke ernährung bringen benötigt und wiederholt angefordert. Es dauerte zwei volle Monate, ehe man sich zur Herausgabe für diesen Zweck entschließen konnte. Eine sechste bittet um Einfuhrerlaubnis für 10 000 Kilogramm vollwertigen Holländertee zu 1.50 fl. das Kilogramm. Nachdem die Firma zunächst darauf hingewiesen worden ist, daß Kaffee kein unbedingt notwendiges Nahrungsmittel sei, ist ihr jetzt die Einfuhrerlaubnis abgelehnt worden mit dem Hinweis, die Ware sei zu teuer, es lägen billigere Angebote vor. Die Firma hat mit Recht darauf geantwortet, das glaube sie nicht, bis es ihr bewiesen werde. Darauf steht die Antwort noch aus und — wird auch ausbleiben. Die Zahl dieser Beispiele, die alle nachgewiesen werden können, ließe sich ins Unermessliche vermehren. Da fragt man sich doch wohl mit Recht: wer ist der größte Feind unserer Wiederaufriehung? Die Entente mit ihrer unmenhlichen Blockade oder unsere eigene Regierung mit ihrer — mangelhaften Einsicht? (Schluß folgt).

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Die Entente und die deutschen Finanzmaßnahmen. Sch. Rotterdam, 26. Juli. (Priv.) Die „Daily Mail“ meldet aus Paris: Die Alliierten sind der Auffassung, daß die angeführte Abkempfung der deutschen Wertpapiere eine Finanzmaßnahme der deutschen Regierung darstellt, die nach dem Friedensvertrag der Kontrolle der Alliierten unterliegt. Auch die Erträge einer allgemeinen Vermögensabgabe in Deutschland dürften nach der Auffassung der Alliierten ausschließlich den Anforderungen der Entente auf Schuldenertrag dienen. Der Eingang der Vermögensabgabe sei von der Entente-Kommission in Berlin zu überwachen und für diesen Zweck zu kontrollieren. Die unerfüllbaren Kohlenforderungen der Entente. In. Weimar, 26. Juli. (Priv.) Ueber den Gang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen liegt bisher nur ein Bericht des Regationsrats von Perner vor. Die Entente stellt die Forderung auf ungefähr 17 Millionen Tonnen Kohlen, deren Lieferung auf 10 Monate verteilt werden soll, jedoch auf den Monat deutschseits 1.7 Millionen Tonnen zu liefern wären. Das Kabinett beschäftigt sich bereits mit der Frage. Oesterreichische Rundgebungen gegen die Friedensbedingungen. W. B. Wien, 25. Juli. Wie die Blätter melden, veröffentlichten die großen wirtschaftlichen Körperschaften Deutsch-Oesterreichs, die deutsche Handels- und Gewerbe-kammer, das Oremium der Wiener Kaufmannschaft, die Vereinigung der deutsch-Oesterreichischen Industriellen und die Wiener Börsenkammer eine Rundgebung gegen die Friedensbedingungen. Die vereinigten Körperschaften beschloßen, der Friedensdelegation die verhängnisvollen Folgen der Friedensbedingungen in eingehend begründeten Darlegungen zu schildern, um zu beweisen, daß derartige Bestimmungen nicht bloß gegen jedes Recht und Gebot der Menschlichkeit verstoßen, sondern angesichts der vollständigen Außerachtlassung der tatsächlichen Tragfähigkeit Deutsch-Oesterreichs undurchführbar sind. Handgreifliche Unwahrheiten Wilsons. W. B. Berlin, 25. Juli. In seiner letzten Senatssrede erklärte Präsident Wilson nach den bisher bekannt gewordenen Auskünften, die Kolonien seien Deutschland genommen worden, weil es sie lediglich als Ausbeutungsobjekt benutzte hätte. Von hervorragender Deutscher Stelle wird dazu erklärt: Jeder Kolonialvölker in Deutschland im neutralen und feindlichen Ausland weiß, daß diese Behauptung unklar ist. Jeder, der die deutschen Kolonien gesehen hat, weiß, welche Annuhme von kulturellen Leistungen in verhältnismäßig kurzer Zeit von Verhandlungen, Ansehen und Millionen vollbracht worden sind, weiß auch, wie wenig ziffernmäßig greifbare Gewinne Deutschland von seinen Schutzgebieten hatte, weil es Raubbau und Ausbeutung verweigerte. Es wird dafür gefordert, daß die Kenntnis dieser Tatsache in die weitesten Kreise des In- und Auslandes gelangt. Hier genügt die Feststellung, daß Wilson es mit

seiner Eigenschaft als höchster Repräsentant des amerikanischen Volkes es für vereinbar hält, das Abweihen von seiner mehrfach in der feierlichsten Form gegebenen Versprechung und seine Niederlage gegenüber den anderen Ententemächten dadurch zu verschleiern, daß er sich handgreifliche Unwahrheiten zu eigen macht.

Zur Lage im Osten.

Die Meuterei der russischen Truppen in Archangelsk. W. B. Amsterdam, 25. Juli. Dem „Telegraaf“ zufolge meldeten die „Times“ Einzelheiten über die Meuterei der russischen Truppen in Archangelsk: Die Meuterei begann am 17. Juli früh. Russische Meuterer ermordeten 5 britische Offiziere in der Nacht. Sie gehörten zu einem Bataillon, das aus früheren bolschewistischen Kriegsgefangenen bestand, darunter Offiziere, die in der Roten Armee dienten und ausgeprüften bolschewistischen Ideen hatten. Außerdem wurden 8 oder 9 russische Offiziere getötet. Ungefähr 200 Meuterer ergriffen die Flucht nach den Wäldern, sie wurden verfolgt und einige gefangen genommen. Das Bataillon wurde aufgelöst und die übrig gebliebenen Mannschaften wurden in das Arbeiterbataillon eingereiht.

Die Kämpfe in Ungarn.

W. B. Budapest, 25. Juli. Das Oberkommando berichtet vom 24. Juli: Unsere seit mehreren Tagen ohne Unterbrechung kämpfenden Truppen erzielten auch am heutigen Tage trotz der immer stärker werdenden gegnerischen Widerstande Erfolge. Gegenüber Szongrad waren bei jenseits der Theise starke feindliche Angriffe zurück. Ostlich von Szonok festen wir unsere Marsch fort. Bei Kisujzallas versuchten die von allen Seiten zusammengezogenen rumänischen Kräfte hartnäckig, aber ohne Erfolg, unsere Truppen am Vormarsch zu hindern. Ostlich von Tokaj brachen starke rumänische Angriffe in unserem Bereich zusammen.

Die Geschehnisse im Reich.

Die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht. W. B. Berlin, 25. Juli. Wie wir erfahren, wird über die Frage der Erfassung des verborgenen und im Ausland befindlichen Vermögens seitens der zuständigen Reichsstelle noch beraten. Der Umtausch des Papiergeldes und die Abkempfung der Wertpapiere unterliegen noch der Erwägung. Berechtigte Interessen sollen geschont werden. Die Reichsverwaltung denkt nicht, gleichzeitig mit dem Reichsnotopfer eine Zwangsanleihe vorzunehmen. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen mit Ergänzungsmaßnahmen gegen die Kapitalflucht. Bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den nächsten Tagen wird die Devisenordnung aufgehoben. Dann wird der Handel mit Devisen frei. Ebenso kann über Zahlungsmittel, Forderungen und Kredite in ausländischer Währung ohne Einwilligung der Reichsbank verfügt werden. Nur für den Rubel bleibt es bei dem vorgedachten Verbot. Mit der Devisenordnung fällt auch die Einfuhrgenehmigung durch die Reichsbank. Es bleibt aber die Einfuhr bestimmter Produkte beibehalten, die Genehmigung der zur Ausfuhr bestimmten Produkte davon abhängig zu machen, daß die hierfür geltenden Devisen an die Reichsbank abgeliefert werden und zwar kommen hierbei hauptsächlich Kohle, Kalk und Eisen in Frage. Die Vorschriften, daß Zahlungen nach dem Auslande im Wege der Kasse der Reichsbank zu erfolgen, würde mit der Aufhebung der Devisenordnung gleichfalls fallen.

Unruhen und Streiks.

Zu den Berliner Massenentlassungen. Sch. Berlin, 26. Juli. (Priv.) Die Arbeiterräte der Fabriken wollen morgen Sonntag zusammen treten, um Gegenmaßnahmen über die Aussperrung der Metallarbeiter zu beschließen. Die revolutionären Elemente fordern bereits jetzt schon in den Fabriken zu einem neuen allgemeinen Generalstreik auf. Die Metallindustrie hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Kampf ohne jede Rücksicht auf seine Dauer fortzusetzen, zumal bei der Minderleistung, die in einigen Werken bis auf 30 Pro. gesunken ist, und der fortgesetzten Beschneidung ein Verdienstmöglichkeit für die Industriellen als nicht mehr vorhanden bezeichnet wird.

Der Streik der Telegraphenarbeiter in Berlin.

W. B. Berlin, 25. Juli. Die Telegraphenarbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung die Arbeit niedergelegt. Der Grund hierfür ist, wie gemeldet, die Entlassung von 287 Arbeitern und somit Verletzung der am 21. Juli der Aufforderung der Unabhängigen Sozialisten zum Demonstrationstreik gefolgt waren. Auf ein Telegramm an den Reichspostminister Giesberts, in dem ihre Wiedereinstellung innerhalb 24 Stunden, gefordert wird, hat dieser erwiderter Streik bei ohne Verhandlungen und unter Kontraktbruch beantragt worden, jedoch die Entlassungen durch die Berliner Oberpostdirektion genehmigt seien. Nach am vormittag joller Bescheid Verhandlungen mit der Oberpostdirektion beginnen. Sollte die Oberpostdirektion sich weigern, die 287 Arbeiter und Sachverständigen wieder einzustellen und ihnen der Lohn vom Tage der Entlassung an zu zahlen, so würden die Vertrauensleute der Post- und Telegraphenverwaltung möglichst viele den Generalstreik über ganz Deutschland beschließen.

Neue Münchener Prozesse.

M. München, 26. Juli. (Priv.) Im Agelrod-Prozess wurde der Angeklagte, der Russe ist, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralwirtschaftsamts, Dr. Neurath, wurde wegen Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat zu einer Festungstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt. Der Dahauer Führer Wollenberg gefaßt. W. B. Berlin, 25. Juli. Einer Militärpatrouille gelang es gestern, in der Friedrichstraße den Leutnant der Reserve und Subaltern der Medizin Erich Wollenberg zu verhaften, der als ehemaliger Führer der Roten Garde und Kommandant von Dahau von München flüchtig gefaßt wurde. Unruhen in Weibourne. W. B. Amsterdam, 25. Juli. Dem „Times“ vom 23. ds. zufolge kam es in Weibourne am 21. Juli zu ersten Unruhen, an denen sich heimgekehrte Soldaten beteiligten. Die Spitäler sind voll von Verwundeten.

Auszug aus den Standsbüchern Karlsruhe.

Geschichte. 21. Juli: Rudolf Sana von Offenbura, Reichenther, hier, mit Helene Käster von Donauwörth; Friedr. Maier von Offenbura, Oberbeichtvater hier, mit Veria Käster von hier; Otto Söder von Offenbura, Schreinermeister hier, mit Johanna Käster von Offenbura; Joh. Schneider von Offenbura, Kaufmann in Ostheim, mit Maria Käster von Offenbura; Joh. Käster, Oberpostdirektion hier, mit Rosa Käster von Offenbura; Josef Käster von Offenbura, Kaufmann hier, mit Friede Käster von Offenbura; Karl Käster von Offenbura, Maschinenarbeiter hier, mit Frieda Käster von hier; Wilh. Käster von Offenbura, Eisenbahnarbeiter hier, mit Antonia Käster von hier; man von hier; Karl Käster von Offenbura, Volkstheater hier, mit Anna Käster von Offenbura; Aden. Theobald Käster von Offenbura, Kanzler hier, mit Helene Käster von Offenbura; Aden. Käster, 22. Juli: Antone Käster, 47 Jahre, Oberbau von Offenbura, Sinder. — 25. Juli: Leop. Keutlinger, Weber, Offenbura, 41 Jahre.

Wasserstand des Rheins.

Schaffersel, 26. Juli, morgens 6 Uhr: 3,20 m (24. Juli 2,73 m). Kehl, 26. Juli, morgens 6 Uhr: 4,33 m (24. Juli 3,70 m). Mainz, 26. Juli, morgens 6 Uhr: 5,96 m (24. Juli 5,42 m). Mannheim, 26. Juli, morgens 6 Uhr: 4,95 m (24. Juli 4,68 m).

Aus Baden.

Karlsruhe, 26. Juli. Ein amtlicher Artikel der Karlsruh. Ztg. befaßt sich mit der Regelung des kleinen Grenzverkehrs...

Aus dem Haushaltsausschuß des bad. Landtags.

Karlsruhe, 26. Juli. Der Haushaltsausschuß des bad. Landtags beriet in seiner gestrigen Sitzung die im 5. Nachtrag zum Staatshaushalt angeforderten Beträge für Arbeiter- und Volksräte, Volkswachen und für Eisenbahnarbeiter...

Die Verfassung der badischen Landesynagoge.

Karlsruhe, 24. Juli. Wir werden im Auftrage nachstehender Seiten ersucht: Am 20. Juli fand eine wichtige Sitzung der israelitischen Verfassungskommission statt. Außer 4 Oberräten, dem Generalsekretär des Oberrats und 4 Mitgliedern best. Erstamannern des Synodalausschusses...

... nun auch in einem Abteil dritter Klasse hinter der Dampfheizung am Boden verpackt einige in Papier eingeschlagene kleine Konservendosen...

Heidelberg, 25. Juli. Aus Maisbach berichtet die „Hbf. Ztg.“ von einem hübschen Stüdchen Spitzhundenfreude. Einem Landwirt waren dort zwei Gänse gestohlen worden...

Freiburg, 25. Juli. Bekanntlich hat der badische Landtag im Frühjahr einem sogenannten Sperrgesetz zugestimmt, das einer wucherischen Spekulation mit Häusern und Grundstücken vorbeugen soll. Ein Grundzug des Gesetzes besteht in dem Vorkaufsrecht der Gemeinden...

Die Teuerungszulage an die Beamten, Bediensteten u. Lehrer

Karlsruhe, 25. Juli. Amtlich wird über die schon wiederholt Gegenstand längerer Artikel gewesen Teuerungszulagen an die Beamten, Bediensteten und Lehrer nachstehend mitgeteilt:

1. Das Staatsministerium hat mit der Entscheidung vom 14. d. M. die folgenden Bestimmungen über die Gewährung einer Teuerungszulage an die Beamten, Bediensteten und Lehrer genehmigt...

2. Die neue Teuerungszulage erhalten alle Beamten, Bediensteten und Lehrer, die bisher die Kriegszulage und den Zuschlag zur Kriegszulage bezogen haben...

3. Die Bestimmungen über die Gewährung der Teuerungszulage weichen von den Grundzügen über die Bewilligung der Kriegszulage in wesentlichen Punkten ab...

4. Den ledigen Beamten wird die Zulage je nach ihrem Lebensalter in verschiedenen Sätzen gewährt; die volle für Ledige vorgesehene Zulage wird erst nach Vollendung des 30. Lebensjahres bewilligt...

5. Das Gesamtdienstentkommen der weiblichen Beamten, die im übrigen die Zulage in gleicher Weise wie die männlichen Beamten erhalten, braucht das hiesige gesicherte Mindestdienstentkommen nicht zu erreichen...

6. Die Beträge an Zulage, die den nicht vollbeschäftigten Bediensteten bewilligt werden können, sind gegenüber den bisherigen Sätzen auf Kriegszulage erhöht worden...

7. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß wenn neben dem Beamten auch seine Ehefrau in staatlichen Diensten verwendet ist, diese gleichfalls eine Zulage erhalten kann...

8. In Abzug wird zu den neuen Bestimmungen bemerkt: Zu Ziffer 1. Den militärisch verwendeten Beamten usw. ist die volle Zulage mit Wirkung vom 1. März d. J. wie den übrigen Beamten zur Zahlung anzuwenden...

9. Zu Ziffer 2. Die Zulage und die außerordentliche Zulage bilden zusammen einen Gesamtbetrag; in der Anwendungsliste werden die Einzelbeträge jedoch zweckmäßigerweise für sich angegeben...

10. Zu Ziffer 10. Die aus dem Heeresdienst förmlich entlassenen, dann aber bei der Militärverwaltung auf Dienstvertrag weiterbeschäftigten Beamten erhalten die Zulage für die Zeit nicht in der sie kein Dienstentkommen aus der badischen Staatskasse beziehen oder bezogen haben...

11. Ferner sind nachstehende Bemerkungen hervorzuheben: Die Beamten usw. sollen über die neuen Bestimmungen eingehend belehrt und angewiesen werden, die erforderlichen Angaben an die vorgesetzte Dienstbehörde stets rechtzeitig zu erstatten...

12. Es ist möglich, daß bei jüngeren weiblichen Beamten der Betrag der Zulage an sich geringer wäre oder nicht wesentlich höher ist, als der bisherige Gesamtbetrag an Zulage und Zuschlag...

13. Mit Rücksicht darauf, daß als vollbeschäftigt geltende vertragsmäßige Bedienstete, deren ständige Vergütung den Betrag von 900 M. jährlich nicht erreicht (z. B. Güteraufseher, Waldwächter usw.), nach Ziffer 6 der Bestimmungen nur eine Zulage im Grundbetrage von...

600 oder 700 M. erhalten können, soll zur Vermeidung gerechtfertigter Verurteilungen in den dazu geeigneten Fällen bei gleichartigen Bediensteten, deren Jahresvergütung den Betrag von 900 M. nicht wesentlich übersteigt, eine Sonderregelung in der Weise vorgenommen werden...

9. Bei der Anweisung und Auszahlung der Mehrbeträge an Zulage für die rüchliegende Zeit soll darauf Bedacht genommen werden, daß die Bediensteten, die am 1. März d. J. noch nicht in staatlichen Diensten verwendet waren und deshalb keinen Vorschlag auf die Zulage erhalten haben, alsbald in den Besitz des ihnen zuzurechnenden Mehrbetrages kommen...

10. Bei der künftigen Anweisung der Teuerungszulage muß auch beachtet werden, daß die bisher für die Gewährung der Kriegszulage und der Teuerungszulage gemeinsamen Bestimmungen von den neuen Bestimmungen in einigen Punkten abweichen. Hierwegen wird insbesondere auf folgendes hingewiesen:

a) Die Zulage wird beim Sterbefegehalt mitberücksichtigt, die Zulage dagegen nicht.

b) Die Zulage wird, wenn mehrere Angehörige desselben Haushalts im Staatsdienste beschäftigt sind, dem zweiten und jedem folgenden Gliede mit dem um je 250 M. gekürzten Betrage für Ledige gewährt, die Zulage dagegen mit dem vollen, nach den persönlichen Verhältnissen zustehenden Beträgen für Ledige.

c) Bei der Zulage werden die Kinder nicht berücksichtigt, die ein Einkommen oder einen Verdienst von monatlich 50 M. haben, bei der Zulage die bisherige Grenze von 30 M.

d) Das Wohnungsgeld wird (auch als Entschädigung für freie Wohnung usw.) bei der Zulage in Rechnung gestellt, bei der Zulage dagegen nicht.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 26. Juli. Keine Aufhebung der Zwangsbedienstung. Aus Berlin wird gemeldet: Die Zwangsbedienstung nach nicht aufgehoben. Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Zwangsbedienstung aufgehoben sei, ist unzutreffend...

1) Höchstpreise für Gemüse. Die badische Gemüseverordnung hat folgende Erzeugerhöchstpreise festgesetzt: Es kosten je ein Pfund Erbsen 30 Pfennig, Bohnen 30 Pfennig, Rauhbohnen 16 Pfennig, Gelberbsen (rote) und Karotten ohne Kraut 10 Pfennig, Gelberbsen (gelbe) 5 Pfennig, Kohlrabi 18 Pfennig, Frühweizen 12 Pfennig, Frühweizen 16 Pfennig, Roggen 20 Pfennig, Zwiebeln ohne Kraut 30 Pfennig.

2) Diamantene Hochzeit. Die Privatierwitwe Leopold Schewe in Karlsruhe feierten heute ihre diamantene Hochzeit.

3) Unterstützung für die Befreier von Rigas. Nach Mitteilung des Kriegsministers stehen dem Generalkommando 2. A. K. in Stettin in beschränktem Umfang Geldmittel zur Verfügung zur Unterstützung von deutschen Kriegern, die in den Kämpfen der 8. Armee zur Befreiung Rigas (1.-5. September) invalide geworden sind...

4) Der Kohlenbergbau bedarf fortgesetzter weiterer Zufuhr von Arbeitskräften, wenn die unzureichende Kohlenförderung und die damit verbundene Störung unseres gesamten Wirtschaftslebens gebessert werden sollen. Nach einem Rundschreiben des Verbandes westfälischer Bergbauingenieure dürften sich hierzu in der Provinz Westfalen 10000 Mann eignen...

5) Colosseum (Gastspiel Blagheim). Der hier mit großem Beifall aufgenommene seltige Schwan „Famille Gennemann“ bleibt bis einschließlich Donnerstag, den 31. Juli auf dem Spielplan. Morgen Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, nachmittags 4 und abends 8 Uhr...

6) Die Residenz-Lichtspiele haben in Spielplan vom Samstag bis einschließlich Dienstag das nach dem Drama von Franz Grillparzer bearbeitete Filmspiel „Die Wölfe von Toledo“ 4 Akte, ferner wurde der Tendenzfilm „Am Seiden der Schuld“ mit Bruno Decarli, Leonie Rübenberg und Rudolf Eshel in den Hauptrollen wegen seiner Vorzüglichkeit prolongiert...

7) Platzkonzert. Heute Samstag findet zwischen 12 bis 1 Uhr auf dem Schloßplatz ein Promenadenkonzert der Volksoperkapelle statt.

Karlsruher Hausfrauenbund.

Speisezettel für die Zeit vom 27. Juli - 2. August. Sonntag: Grüne Erbsensuppe mit Reis, Gulisch mit Rindfleisch oder Spätzle; abends: Bohnen- oder Rettichsalat und Kartoffeln. Montag: Würstchen, Krautwickel oder gefüllte Krant und Kartoffeln; abends: Graupenflüchle und grüner Salat...

Aufzüge u. Krane jeder Betriebsart liefert Ad. Zaiser Maschinen-Stuttgart

Bei Koppschmerzen... Unberührt in seiner raschen und vorzüglichen Wirkung. Fröhlich in Apotheken.

Privat-Pädagogium Karlsruhe (mit Internat) führt bis Abitur jeder Schule (auch Mädchen). - Halbjahreskurse zum 1. Okt. - Ex. - Ueber Erlöse, Empfehlungen etc. S. Prosp. - Dörflingerweg, schulgeldfrei. - Wiobl, Bes. (92) 07 Mit Vorstand am Inst. Post 2.

Badische Chronik.

dt. Mannheim, 25. Juli. (Privat.) Zur Deckung des Geldbedarfes der Stadt Mannheim sollen 4%ige Schuldverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Mark ausgegeben werden, von denen 10 Millionen durch eine Gruppe Mannheimer Banken fest übernommen werden...

dt. Mannheim, 25. Juli. (Priv.) In einer heutigen Verammlung der ausständigen Ausschüsse angestellten wurde Überprüfungsberichte über die Erklärungen des Reichsausschusses über, nach denen in einer in Arbeit befindlichen Verfassung dem Bürgerausschuß zugehen wird, die Morgen, Samstag früh, wird die Arbeit allgemein wieder aufgenommen.

dt. Mannheim, 25. Juli. Der frühere Bürgermeister der Sparkasse Friedrich Menz hat Geldbeträge von zusammen etwa 1200 M. in der Sparkasse von Feldbatalionen darzulegen. Die Verrechnungskammer neuzerte ihn deshalb zu einem Jahr Gefängnis.

dt. Mannheim, 24. Juli. Für 180000 Mark Juwelen waren in einem Zug auf der Straße von Neustadt nach Ludwigshafen durch einen Schaffner entdeckt. Aus Weihenburg waren nämlich 10000 Mark Juwelen telegraphisch erbracht worden, in den Abgang nach Mannheim zu fahren, die von Frankfurt nach Mannheim geschmuggelt werden sollten. Ein Neustädter Schaffner fand...

dt. Mannheim, 25. Juli. Der frühere Bürgermeister der Sparkasse Friedrich Menz hat Geldbeträge von zusammen etwa 1200 M. in der Sparkasse von Feldbatalionen darzulegen. Die Verrechnungskammer neuzerte ihn deshalb zu einem Jahr Gefängnis.

dt. Mannheim, 24. Juli. Für 180000 Mark Juwelen waren in einem Zug auf der Straße von Neustadt nach Ludwigshafen durch einen Schaffner entdeckt. Aus Weihenburg waren nämlich 10000 Mark Juwelen telegraphisch erbracht worden, in den Abgang nach Mannheim zu fahren, die von Frankfurt nach Mannheim geschmuggelt werden sollten. Ein Neustädter Schaffner fand...

dt. Mannheim, 25. Juli. Der frühere Bürgermeister der Sparkasse Friedrich Menz hat Geldbeträge von zusammen etwa 1200 M. in der Sparkasse von Feldbatalionen darzulegen. Die Verrechnungskammer neuzerte ihn deshalb zu einem Jahr Gefängnis.

dt. Mannheim, 24. Juli. Für 180000 Mark Juwelen waren in einem Zug auf der Straße von Neustadt nach Ludwigshafen durch einen Schaffner entdeckt. Aus Weihenburg waren nämlich 10000 Mark Juwelen telegraphisch erbracht worden, in den Abgang nach Mannheim zu fahren, die von Frankfurt nach Mannheim geschmuggelt werden sollten. Ein Neustädter Schaffner fand...

